

Blick in die Medien

Fertig hat fertig



Von Tobias Dahlbrügge

Kippt die *Siegesaule*? Berlins Stadtmagazin für die homo- und transsexuelle Szene richtet jedenfalls einen dramatischen Spendenappell an sein Publikum. Mitte der achtziger Jahre, als in Homosexuellenkreisen die Angst vor Aids umging, bot das Magazin wichtige Informationen, aber auch Terminhinweise und Kontakte. Das Heft besaß ursprünglich eher einen Fanzine-Charakter. Anfang der Neunziger wurde es vom überregionalen Magazin *magnus* geschluckt und nahm an Umfang und Professionalität zu. Nach der Pleite des Verlages erschien die *Siegesaule* wieder als eigenständiger Titel und wird seitdem anzeigenfinanziert und kostenlos verteilt.

Geschäftsführerin ist die 51jährige Gudrun Fertig, die den „Special Media SDL Verlag“ für Druck- und Onlineмедien für das Homosexuellenmilieu leitet. Sie machte das Magazin als politisches Sprachrohr kampagnenstark und etabliert. Das Heft sammelt immer wieder Gelder für diverse „NGOs“ und initiiert auch Proteste gegen die AfD.

Der Hilferuf an die eigene Klientel zeigt einen möglichen Weg aus der Corona-Falle.

Nun ist das Projekt offenbar in wirtschaftlicher Not. Durch die Corona-Krise habe der Verlag keine Einnahmen mehr, da die über 600 Auslagestellen geschlossen seien, erklärt Fertig in einem Bittsteller-Video auf einer eigens eingerichteten Spenden-Webseite. Der Verlag benötige sofort 150.000 Euro, sonst könne es nicht weitergehen.

Daß sich Verlag und Redaktion an ihre Klientel wenden, ist legitim und zeigt einen Weg, den vielleicht bald andere Blätter auch gehen müssen. Ob die Kampagne Erfolg hat, ist fraglich. Verschiedene Regionalausgaben der linken *taz*, die mit ähnlichen Appellen gerettet werden sollen, sind in der Vergangenheit damit gescheitert.

Warum durch das drohende Aus zudem ein „fester Bestandteil des Berliner Lebensgefühls“ verlorengelassen sollte, ist zumindest für alle nicht homosexuellen Berliner kaum einsehbar.

TV-Tip



Mittwoch, 29. April
21.45 Uhr, Arte

Skandal! Ist die Freiheit der Kunst in Gefahr?

Dokumentation über die zunehmende Konfrontation der Kunst mit Rassismus- und Sexismusvorwürfen.

Der Rundfunkbeitrag soll entfallen

Gastbeitrag: Die AfD diskutiert die Reform der Öffentlich-Rechtlichen / Ein „Grundfunk“ ist im Gespräch

JOACHIM PAUL

Pflügt die Corona-Krise die Medienlandschaft um? Reihenweise schicken überregionale und regionale Privatmedien ihre Mitarbeiter in Kurzarbeit. Insolventen kündigen sich an. ARD und ZDF Medien selbstbewußt millionenstarke Einschaltquoten für ihre analogen Nachrichtensendungen und demonstrieren erneut Regierungsnähe. Tenor: Im Gegensatz zu Trumps USA werden wir kompetent durch die Krise geführt.

Was Medienwissenschaftler erschaudern läßt, gehört zum strategischen Einmaligen. Die Öffentlich-Rechtlichen lassen jene gut dastehen, die sich für den Status quo und seine Finanzierung stark machen, also GroKo plus Grüne. Frei nach Luther „Wes Brot ich es, des Lied ich sing“ klingt an. Die ins Haus stehende Debatte um die Erhöhung des Rundfunkbeitrags auf 18,36 Euro wird zugleich eine Auseinandersetzung um die Zukunft des teuersten öffentlich-rechtlichen Rundfunks der Welt. Obwohl sich das analoge Zeitalter dem Ende zuneigt, blieb der Kapitalberg von ARD, ZDF und Deutschlandfunk stets unangestastet. Mit einem Volumen von künftig zehn Milliarden Euro stellt er die Erats von Bundesministerien und mittelgroßen Staaten in den Schatten.

Doch mittlerweile haben sich harte Fakten herumgesprochen: 42 Prozent der durchschnittlichen Ausgaben des Bundesbürgers für Medien – klassische Printmedien, Streamingdienste und Online-Portale – sind laut einer McKinsey-Studie für den Rundfunkbeitrag reserviert. Das Geld ist quasi Monat für Monat festgelegt, es wird für kein Produkt mehr ausgegeben, sei es noch so gut. Bei den 16- bis 29-jährigen sind ARD und ZDF trotzdem chancenlos, sie schauen Netflix, YouTube, Amazon und ProSieben. Jüngere räumt SWR-Intendant Gniffke ein, daß er drei Viertel des Budgets für die U50-Zielgruppe ausgibt.

Eine Steuerfinanzierung erhöht die Abhängigkeit

Mit der Umgestaltung 2013 auf eine Haushaltsabgabe sieht das Gebührenmodell „Jeder zahlt für immer“ keinen Ausstieg vor. Es wurde maßgeblich vom rheinland-pfälzischen Ministerpräsidenten Kurt Beck (SPD) durchgedrückt, denn Medienpolitik ist Ländersache. Das analoge Erbe wird gerade in Zeiten vertikaler Kompetenzabzerrungen sorgfältig gehütet. Alle Gesetze, die die Öffentlich-Rechtlichen betreffen – natürlich auch die Beitragserhöhung – müssen durch 16 Länderparlamente geschuldet werden. Schert ein Bundesland aus, fällt das System zusammen. Dieses führt momentan die „Fernsehfürstin“, die rheinland-pfälzische Ministerpräsidentin Malu Dreyer (SPD), an. Ihr Portfolio: Der von Beck geriebte Vorsitz der Rundfunkkommission, der Vorsitz des ZDF-Verwaltungsrates und die erfolgreiche Installation des SPD-Mannes Gniffke (Gehalt: 340.000 Euro).

Teuer, verfilzt, aus der Zeit gefallen – es besteht dringender Reformbedarf. Das fordert länderübergreifend nur die AfD.



ARD & Co. im Geldregen: Unternehmensabgabe statt Zwangsgebühr

Se hat im „Programm für Deutschland“ (2017) die Abschaffung des Zwangsbeitrags und die Möglichkeit des Ausstiegs („Opt out“) gefordert. Daraus folgende Strukturveränderungen wurden jüngst von den medienpolitischen Sprechern der Landtagsfraktionen diskutiert. Die AfD ist künftig in der Pflicht, ihre Vorstellungen zu konkretisieren, wie sie über eine satism bekannte Fundamentalkritik hinaus als kundige und medienpolitische Alternative ernst genommen werden. Auf einem Treffen in Berlin setzte sich die Position durch, nicht „tabula rasa“ zu fördern, sondern den Senderwuchs kritisch zu stutzen, so daß nur noch ein „Grundfunk“ übrigbleibt.

Ein von den Fraktionen in Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz entwickeltes Reformpapier stellt nun einen ersten Diskussionsbeitrag dar. Die Forderung ist ein schlanker, die föderale Struktur erhaltender Heimatfunk, der sich auf Information und Politik und natürlich hochwertige Dokumentationen konzentriert. Diese spielen übrigens trotz des hehren Anspruchs von ARD und ZDF dort keine Rolle. Die Interessensvertretung der Dokumentarfilmer (AG Dok) stellte für 2017 fest, daß nur 2,5 Prozent des gesamten Sendevolumens aus neuen Dokumentationen bestand.

Durch ein werbefreies Portfolio, das Konzerte, Mundart und Tradition, Breiten- und Amateursport, Hobby, Lebenshilfe und nicht zuletzt anspruchsvolle Bildungsformate bietet, könnten die öffentlich-rechtlichen Sender die Medienlandschaft des Digitalzeitalters besser ergänzen. In einer immer schnelleren Welt eröffnen Geschichten, die „nah bei der Leut“ und zugleich jugendaffin sind, große Chancen. Nicht zuletzt dient es unserer Demokratie, wenn sich die Landes- und Kommunalpolitik nicht in kurzatmigen Formaten schlagwortartig widerspiegelt, sondern vor Ort demokratische Entscheidungsprozesse dar- und zur Diskussion gestellt werden. Die digitale Welt bietet den Öffentlich-

Rechtlichen eine Vielzahl von Möglichkeiten, die Bürger direkt zu beteiligen.

Für die Finanzierung des Grundfunks ist weder ein Kaufkraftverlust von zehn Milliarden Euro notwendig, noch der Zugriff auf Medeldataen, nicht „Gebührenschildner“ zu ermitteln. Mein Kollege Sven Trütschler, medienpolitischer Sprecher der AfD-Fraktion in NRW, und ich wollen unter dem Motto „Sie zahlen nicht mehr. Versprochen“ einen anderen Weg gehen: Der Rundfunkbeitrag entfällt komplett. Stattdessen sollen große private Medienunternehmen, die mit audiovisuellen Formaten Geld verdienen – quasi im Gegenzug – eine Abgabe zahlen, die der Digitalsteuer ähnelt. Medien-Giganten wie Amazon, Facebook, Netflix, Google, aber auch Bertelsmann kommen hier in Betracht. Ihnen soll es dann freistehen, Formate des Grundfunks nach deren Erstrausstrahlung anzubieten.

Eine Finanzierung aus dem laufenden Staatshaushalt nach einer gar um den Rundfunkbeitrag erhöhten Besteuerung der Bürger kommt für uns nicht in Frage. Sie würde die informelle durch eine nahezu formelle Abhängigkeit des Grundfunks von der Parteipolitik ersetzen, und einen, auch dem Namen nach, Staatsfunk schaffen – und das ohne reelle Entlastungen der Bürger.

Neuaufstellung der Rundfunkräte

Aus dieser Strukturreform ergeben sich für größere Private Markt- für kleinere Private gar Überlebenschancen. So sieht Hans Demmel, Vorsitzender des Privatrundfunkverbandes Vautner, bislang die Gefahr, daß die privaten Anbieter „zwischen US-Giganten wie Youtube und einem überbordenden öffentlich-rechtlichen Angebot auf allen Übertragungswegen zerrieben“ werden.

Ein von der rheinland-pfälzischen AfD-Landtagsfraktion beauftragtes Gutachten des wissenschaftlichen Dienstes des Landtags (AZ 52-1709) sieht in dieser Finanzierung durchaus eine rechtlich

mögliche Alternative. Ein Grundfunk würde maximal zehn Prozent des bisherigen Beitragsvolumens ausmachen – noch immer stattliche 800 Millionen Euro, aber eine Einsparung von mehr als neun Milliarden Euro. Für die Erfüllung ihres neuen Auftrags sollen die regionalen Sendeanstalten jeweils nur ein Fernseh- und Radioprogramm gestalten, das drei Stunden täglich nach dem Network-Prinzip zu einem bundesweiten Programm zusammenschaltet wird. Daneben sollen nur ein deutschlandweiter Fernseh- beziehungsweise Radiosender betrieben werden. Alle übrigen Sender und Formate sollen abgewickelt oder privatisiert werden. Das Eigentum der bisherigen Rundfunkanstalten, das für den Grundfunk-Betrieb nicht benötigt wird, wandert in einen Finanzierungs- und Abwicklungsfonds. Dieser trägt unter anderem die alten Verbindlichkeiten, wie die Pensionslasten.

Um gleichzeitig mehr Transparenz zu gewährleisten und eine bürgernahe Kontrolle zu ermöglichen, sollen die bislang von Parteivertretern oder parteinahen Verbänden bevölkernden Rundfunkräte einem gewählten Zuschauerparlament, einem Rat unabhängiger Experten und Vertretern der Kommune wechseln, die Partei- und Verbandsmitgliedschaften sowie Beschäftigungsverhältnisse anzugeben haben. Die entsprechenden Staatsverträge sollen grundsätzlich für zehn Jahre gelten. Nach Ende dieser Frist wird die Existenzberechtigung zur Diskussion gestellt. Die jüngste Geschichte der Öffentlich-Rechtlichen nämlich lehrt: Ohne stetigen Reformdruck bewegt sich gar nichts.

Joachim Paul ist stellvertretender Fraktionsvorsitzender sowie medien- und bildungspolitischer Sprecher der AfD-Fraktion im rheinland-pfälzischen Landtag. Er wurde auf dem Bundesparteitag als Beisitzer in den Bundesvorstand gewählt. Aktuell arbeitet er an einer Kampagne der Bundespartei gegen den Rundfunkbeitrag, die zugleich für eine Strukturreform von ARD, ZDF und Deutschlandfunk werben soll.

ARD plant zentrale Kulturplattform

LEIPZIG. Die ARD plant eine anstaltsübergreifende digitale Kulturplattform. Das berichtet die *Berliner Zeitung* unter Berufung auf Senderkreise. Demnach soll das Online-Angebot das Pendant zu „ZDFkultur“ darstellen und später mit diesem zusammengelegt werden. Federführend in der Entwicklung des Projekts ist der MDR, der im Februar zusammen mit dem ZDF die Innovations- und Digitalagentur *ida* gegründet hat, um bei der Entwicklung zukünftiger digitaler Medienangebote die Ressourcen zu „bündeln“. Gegen die zentrale Kulturplattform formt sich Widerstand beim BR, der mit seinem Format „BR KulturBühne“ sein eigenes kulturelles Digitalangebot ausbauen möchte. Laut *Berliner Zeitung* habe BR-Intendant Ulrich Wilhelm mit dem Chef der Sächsischen Staatskanzlei, Oliver Schenk, telefoniert, um ihm das Vorhaben als sinnlos auszureden. (gb)

Schweiz senkt Rundfunkgebühren

BERN. Die Schweiz senkt ab 2021 ihre Rundfunkgebühr um rund zehn Prozent von derzeit 365 auf dann 335 Franken jährlich (319 Euro) pro Haushalt. Bereits zu Beginn des Jahres 2019 wurde die Abgabe reduziert. Die Abgabe für Kollektivhaushalte wie Pflege- oder Studentenwohnheime beläuft sich künftig auf 670 Franken statt 730 Franken. Der Bundesrat der Schweiz konnte die Beträge senken, da die Zahl der abgabepflichtigen Haushalte gestiegen ist. (gb)

Antenne-Bayern-Chef fordert weniger Werbung

ISMANNING. Der Chef von Antenne Bayern, Felix Kovac, hat die Radiostationen der ARD aufgefordert, in der Corona-Krise weniger Werbung zu senden. „Die bereits mehrfach formulierte Forderung nach einer bundeseinheitlichen Regelung für Werbebeschränkungen beim öffentlich-rechtlichen Rundfunk muß wieder auf den Tisch“, hieß es in einer Pressemitteilung. „60 Minuten Radiowerbung pro Werktag bei den ARD-Anstalten“ reichten vollkommen aus. Die „freierwerbenden Budgets“ könnten den privaten Radioanbietern zugute kommen, „die nachweislich einen wesentlichen Beitrag zur Information der Bevölkerung während der Corona-Krise leisten“, aber trotzdem in der aktuellen Lage zunehmend in ihrer Existenz gefährdet seien. (gb)

» Ich finde die Vorstellung falsch, es sei unsere Aufgabe als Medien, AfD-Wähler zu bekehren. «

„Zeit“-Chefredakteur Giovanni di Lorenzo in der „Zeit“

Neu

Spezial

Der vermeidbare Lockdown

zur Corona-Krise

jf.de/tv

Bereits über 450.000 Aufrufe!

Interview

Markus Krall

Hat die Bundesregierung versagt?

Kontaktsperren, Ausgangssperren, soziale Isolation – was macht das mit uns? Und war es überhaupt in diesem Ausmaß notwendig? Ein JF-TV Spezial und ein Interview zum Lockdown unserer Gesellschaft.